

Die Türkei auf der Schwelle der Neuzeit.

Die Abschaffung des kaiserlichen Kalifats, das gemäß Artikel III der osmanischen Verfassung mit der Herrscherwürde vereinigt war, ist von der Nationalversammlung in Angora beschlossen worden. Die republikanisch gewordenen Jungtürken machen ganze Arbeit: der Kalif wird dem Sultan nachgeworfen, der am 1. November 1923 des Thrones verlustig erklärt worden war von derselben Versammlung. Aus welchen Gründen die türkische Regierung sich zu diesem Schritt entschlossen hat, ist noch nicht ersichtlich, denn er ist in politischer und wahrscheinlich auch in religiöser Hinsicht bedeutungsvoll.

Die Einrichtung des Kalifats, das die weltliche und geistliche Führung des Islams in sich schließt, ist so alt wie der Mohammedanismus, und die Nachfolger des Propheten waren sich wohl bewußt, welchen Einfluß der Träger des Kalifatstitels in der islamitischen Welt besaß. Es hat in den verschiedensten Ländern Kalifen gegeben, bis die Bezeichnung schließlich nahezu unbeschränkt den osmanischen Sultanan verblieb. Bis in den fernsten Osten und in das dunkelste Afrika hinein durften sie, im Scheinbesitz von Mekka und Medina, die Schlichter des Glaubens spielen, begünstigt durch den Umstand, daß eigentliche Religionskriege zwischen christlichen und mohammedanischen Nationen, wenn man von nie im Vastan ruhenden Scharmützeln absteht, überhaupt während des letzten Jahrhunderts nicht vorgekommen sind. Die Kämpfe im Sudan gegen den Mahdi, die Senussiunruhen behielten ihren lokalen Charakter und bewiesen nur, wie vergeblich ein Appell an die Panislamismus ist. Das Entfallen der grünen Fahne des Propheten, der Aufruf zum heiligen Krieg haben im Zeitalter der Maschinengewehre und des Flugzeugs ihren Schrecken verloren, und Mustafa Kemal scheint in der Stürmung eines fanatischen Nationalbewußtseins einen sichereren Schutz für die Türkei zu erblicken, als in der Wiederbelebung eines Kalifats, dem seine natürliche Hälfte, der weltliche Herrscher, fehlt. Wenn die Reformierten die Religion nicht antasten und die Aufklärung des Volkes in aberkündlichem Sinne der Schule überlassen, wird der Hodscha, der Lehrer, im Laufe der Zeit mit dem nur auf den Koran eingeweihten Ulema fertig werden, wenn dieser auch jetzt die Abschaffung des Kalifats als Glaubensunterbrechung verurteilt mag. Der neue Staat will in die Reihe der modernen Staaten treten und entleidet sich zu diesem Zwecke der dem Islam innewohnenden Internationalität, die ihm außenpolitische Verwicklungen zuziehen könnte. Daß diese Gefahr nicht von der Hand zu weisen ist, zeigt die Unzufriedenheit der englischen Presse mit dieser Wendung. England hat längst schon mit der Schaffung eines besonderen, als Konkurrenz gedachten Hedschahskalfats gellächelt. Jetzt ist die Bahn dafür frei für den König Hussein; nur der Sonnenpfeiler am Goldenen Horn fehlt und damit zugleich die Stelle, wo die englische Diplomatie zu geeigneter Zeit einhalten könnte, um sich in die inneren Verhältnisse der Türkei einzumischen, und es wird England schwer fallen, diese nur die Angoratürken angehende Frage auf den Leisten der internationalen Politik zu schlagen; es müßte denn sein, daß die außerirdischen Welten des Islams Unruhe gegen die Kemalisten hervorrufen.

Das wäre zu verstehen. Der Verzicht auf die mit dem Kalifat verbundene kirchliche Machtvolle bedeutet zugleich die Vernichtung einer durch viele Jahrhunderte geheiligten Tradition, und vor allem die unter englischer Oberherrschaft stehenden Moslems werden den Verlust ihres geistlichen Oberhauptes schmerzlich empfinden und Einspruch gegen die radikale Maßnahme erheben. Das wird wohl auch in anderen von Mohammedanern bevölkerten Völkern der Fall sein, nur wird sich der sehr selbstbewußt auftretende junge Nationalstaat nicht weiter anfechten lassen; denn der von ihm gewählte Präsident kann neben sich keinen äußeren Beeinflus-

sungen ausgefakten Machtfaktor dulden und wird einwenden, daß V. England dem Plane eines arabischen Kalifats wohlwollend gegenübergestanden habe und die Kalifenwürde an die Person eines jetzt befeitigten Sultans gebunden sei. Es kann auch auf die Gefahr hingewiesen werden, die darin liegt, daß der Scheich III. Islam, als Vertreter der Kirchengewalt, den Sultan, im vorliegenden Falle den Präsidenten, absetzen kann, was mehrfach geschehen ist. Dem ist mit der Aufhebung des Kalifats vorgebeugt. Eigentlich müßte die englische Diplomatie diese Wendung begrüßen; denn sie verleiht ihr Einflußfreiheit und kann als Zeichen dafür gelten, daß die Angoratürken endgültig jedem religiösen Einfluß auf Indien entzogen will. Dieser Standpunkt erscheint eine bessere Lösung als die Verbeibehaltung einer Einrichtung, die, wie in Japan, auf ein geistliches Schattenkönigtum hinausläuft. Noch läßt sich nicht die wahre Meinung Englands über diesen überraschenden Vorstoß erkennen, aber Deutschland, das schon mit der Türkei einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen hat, dürfte keinen Anlaß haben, sich in diese inner-türkische Wandlung der Dinge einzumischen. M. O.

Die Vertreibung des Kalifen.

Flucht nach Ägypten — oder nach der Schweiz? Staatsgefährliche Gespräche.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß der Kalif, begleitet von zwei Frauen, seinem Sohn, seiner Tochter, zwei weiblichen Dienerinnen und zwei Eunuchen, am Dienstag in einem Sonderzuge von Konstantinopel abgereist ist, um sich nach Ägypten zu begeben.

Die über die Abiehung des Kalifen vorliegenden Meldungen stammen zum größten Teil aus englischen Quellen in Konstantinopel und ergeben ungefähr folgendes Bild:

Noch in der Nacht begab sich der Gouverneur von Konstantinopel zum Kalifen, um ihm den Entschluß der Nationalversammlung in Angora mitzuteilen, daß er abgesetzt und verbannt sei. Begleitet vom Generaldirektor der türkischen Post, bat der Gouverneur den Kalifen, seinen Thron zu bestiegen, um sich das neue Gesetz vorlesen zu lassen. Nachdem dies geschehen, wurde der Kalif veranlaßt, seinen Thron wieder zu verlassen und in aller Eile seine Abreise vorzubereiten. Um 2 Uhr nachts verließ der Kalif das Palais und fuhr dann in einem bereitgestellten Sonderzug ab, nach einer Meldung nach der Schweiz, nach einer anderen nach Kairo.

Wie verlautet, war die entscheidende Sitzung der Nationalversammlung über die Abiehung des Kalifen sehr stürmisch. Mehrere Abgeordnete protestierten gegen die Verbannung, weil es große Gefahren für die Türkei in sich schließt, wenn der Kalif im Zustand der Wut, Mustafa Kemal suchte auf offiziellem Wege die Härten des Gesetzes abzumildern und schlug vor, daß es zum Beispiel keine Anwendung finden solle auf türkische Prinzen, welche Türken geheiratet hätten, die nicht Mitglieder des kaiserlichen Hauses wären. Aber selbst diese Vorschläge wurden verworfen. Das Gesetz über Landesverrat wurde noch durch einige Sonderklauseln verschärft, die besagen, daß selbst Gespräche über den Versuch einer Wiedereinführung des Kalifats strafbar seien.

Bermehrung der britischen Luftflotte.

Wetterkisten zur Luft?

Die Frage der britischen Luftverteidigung wurde im englischen Oberhause von dem konservativen Lord Londonderry von neuem bebrochen. Er stellte den Antrag, das Haus möge im Prinzip die Vorschläge anerkennen, die von der Reichskammer angenommen wurden, nämlich

daß Großbritannien eine Luftwaffe von ausreichender Stärke haben müsse, um einen ausreichenden Schutz gegen einen Sultangriff seitens der stärksten Luftmacht zu besitzen. Insbesondere erklärte, der Antrag sei nicht als ein Angriff gegen die Regierung gemeint. Der Antrag Londonderrys wurde angenommen.

Kein Konflikt zwischen Schocht und den Sachverständigen.

Eine englische Falschmeldung.

Entgegen einer Sensationsmeldung der „Daily Mail“, wonach ein Konflikt mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schocht und dem Sachverständigenkomitee in Paris über die Frage einer Finanzkontrolle für Deutschland ausgebrochen sein soll, hören wir von unterrichteter Seite, daß ein solcher Konflikt nicht vorliegt. Dr. Schocht war am Dienstag bereits nicht mehr in Paris anwesend, und seine Auffassung von dem Fortgang der Verhandlungen liegt jedenfalls nicht in der von der „Daily Mail“ gekennzeichneten Richtung. Die sachlichen Fragen über die Anregung der Reichsbankbahnen als Pfand für eine ausländische Anleihe bzw. über den Anteil, den das Ausland darin in der Verwaltung der Eisenbahnen und ihrer Finanzen einnehmen könnte, sind noch nicht abgeschlossen. Der Bericht der Sachverständigen wird nunmehr für den 20. März erwartet.

Die Duellforderung der Deutschvölkischen.

Ueber den Vorfall, der, wie gemeldet, zur Heranforderung Dr. Cremers Anlaß gab, erklärt ein deutsch-völkischer Abgeordneter dem „Tag“: „Als Dr. Cremer den Aufruf „Hochverräter“ gegen mich, ging Weg. Wulle auf ihn zu und fragte, was er gerufen habe. Hierauf antwortete der Gefragte: „Hochverräter seid Ihr!“ Auf diese Beleidigung blieb uns drei deutsch-völkischen Abgeordneten nur übrig, den Beleidiger vor die Waffe zu fordern, zumal Dr. Cremer ja selber Hauptmann d. R. war. Er lehnte jedoch die Annahme der Forderung ab und erklärte dem Kartellträger, darüber sei er hinaus. Uebrigens könnte er im Reichstage sagen, was ihm beliebt, denn dort genießt er Immunität. Er werde jedoch die Beleidigung außerhalb des Reichstags wiederholen, damit er verklagt werden könne. Der Ehrenkodex löse für ihn nicht in Frage, zumal er weder einem militärischen noch einem studentischen Verband angehöre.“

Arbeitszeitunruhen in Ludwigshafen.

Am Mittwoch morgen haben sämtliche Arbeiter des Ludwigshafener Werkes der Badischen Anilin- und Sodafabrik die Arbeitsstätte verlassen und sind zu einer Versammlung nach dem sog. Holzhof gezogen. Die Versammlung wurde durch die Funktionäre des „Industriebundes der Chemie“, einer von landesvölkischen Elementen gebildeten gewerkschaftsfeindlichen Sondergruppe, geleitet, die sich in äußerst scharfen Ausdrücken gegen die neunstündige Arbeitszeit wandte. Unter Absingen der Marienlieder und Hochrufen auf die Vaterrepublik zogen dann die Arbeiter in den Fabrikhof, wo eine weitere Versammlung mit Hefreden abgehalten wurde. Gegen 12 Uhr räumten die Arbeiter gegen das Fabrikgebäude vor, schloßen die Sperrtüren am Eingangstor zuammen und drangen in das Gebäude ein, wobei ein Beamter mißhandelt wurde. Ueber die weiteren Vorgänge fehlen bisher Einzelheiten.

Erhöhte Kampfstärke in Marokko.

Verluste der Spanier.

Die neuesten Meldungen über die Lage in Marokko werden in Madrid überaus verstimmt. Die ausländischen Marokkaner im Riftengebiet sind wieder sehr kompromittiert worden und erschweren die Verproviantierung der spanischen Vorkämpfer. Bei Anariffen der Rifrebellen auf Schutzkolonnen der Vorkämpfer wurden auf spanischer Seite 23 Mann ver-